

Bezugspreis:
Wochenschrift 18,50 RM, monatlich 4,50 RM.
Bei ins Haus vorzuschieben, Post-
bezugs: Monatlich 4,50 RM, ggf. für
Vorauszahlung. Unter Bezugnahme für
Danzig und Ostpreußen-Litauen
7,75 RM, für das übrige Ausland
12.- RM, bei ins Haus einm. Aufschlag
10.- RM + Saluta-Aufschlag. Post-
bestellungen nehmen an Danemart,
Schlesien, Vorpommern, Schweden und
Neu-Schweden, Eingetragene in die
Postzeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Voll“ erscheint wochen-
täglich einmal. Sonntags einmal.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die abendliche Sonntagsbeilage
kostet 2.- RM. Leertungsgeld 80%.
„Klein-Anzeigen“, das ist
gekennzeichnet durch 75 Bsp. (möglichst zwei
Zeilen), jedes weitere
Bsp. 10 Bsp. Stellungs- und
Schlüssel-Anzeigen das erste Bsp.
80 Bsp., jedes weitere Bsp. 40 Bsp.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Bsp. Leertungsgeld 80%.
Familien-Anzeigen, politische und
sonstige Anzeigen 50%.
— RM die Zeile ohne Anschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 3 Uhr nachmittags im
Sonntagsheft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gestrichelt
von 8 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 22. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Milliardenkredit an Deutschland.

Aufpeitschung der Bergleute.

Aus dem Bezirk Duisburg wird uns in Ergänzung
unseres letzten Leitartikels „Neues Gewittergroschen“ ge-
schrieben:

Die Deffentlichkeit darf sich nicht wundern, wenn in den
nächsten Tagen aus dem rheinisch-westfälischen
Industriegebiet alarmierende Nach-
richten über eine neue Aufstandsbewegung der
Kohlenbergleute kommen. Seit Monaten bearbeitet die
kommunistische und unabhängige Presse die Bergarbeiter zu
dem Zweck, sie zur Einführung der Sechsstundenschicht
am 1. Februar zu bewegen. „Wenn nicht anders, dann mit
Gewalt!“ Im „Wetterwinkel“ Hamborn, wo die harte
Zusammenfassung der Arbeiterschaft schon vor dem Kriege
den besten Nährboden für Erzeße aller Art abgab, hat die
kommunistische und unabhängige Aufpeitschung schon gleich-
zeitig mit dem Eisenbahnerstreik zu Arbeitseinstellungen der
Bergarbeiter geführt. Im Anschluß daran kam es zu um-
fangreichen Plünderungen zahlreicher Geschäftshäuser
und zu anderen Gewalttaten. Daraufhin erst ist die
bewaffnete Macht im Hamborner Bezirk verstärkt worden.
Der verhängte Ausnahmezustand wurde verkündet. Auf
Grund dessen wurde auch die zu direkten oder indirekten
Gewalttaten auffordernde Presse verboten.

Den Streikern, die immer noch nicht begreifen, wessen Ge-
schäfte durch die rücksichtslose Aufpeitschung der undiszi-
plinierten Massen bedroht werden, sei mitgeteilt, daß die Ham-
borner Plünderungen mit dem charakteristischen
Ruf „Nacht ran an die Juden!“ Die kommunistische und unabhängige „Volks-
aufklärung“ mündet eben im Hafen des wütendsten Anti-
semitismus! Soll die für die öffentliche Sicherheit ver-
antwortliche Behörde mit Vorbeugungsmaßnahmen etwa so
lange warten, bis die „kommunistischen“ und „unabhängigen“
Judenprogramme im Gange sind? Das hiesige Skandal-
blatt, die „Freiheit“, brachte es sogar fertig, gegen die Auf-
nahme von Wiener Kindern zu behaupten, weil es „Kinder
der Bourgeoisie“ seien. Als ob Bourgeoisinder Hunger
litten!

Die Sechsstundenschicht soll nach der Aufforde-
rung der Kommunisten und Unabhängigen entweder durch
Streik oder durch passive Resistenz erzwungen werden.
Ganz gleichgültig, was daraus folgt. Ueber die bereits her-
vorragende Kohlennot braucht erlösend nichts gesagt zu
werden. Sie ist da und wird verheerend. Eben haben die
Gewerkschaften der Metallarbeiter, Textilarbeiter, Jobrif-
arbeiter, Bauarbeiter, Transportarbeiter, Rohrungsmit-
telarbeiter, Holzarbeiter usw. in einem bewußten „Aufruf an
die Arbeitsbrüder im Bergbau“ die ungeheure
Notlage in den genannten Industrien geschildert und die
Bergleute inständig gebeten, doch mit allen Mitteln für die
Erhöhung der Förderung zu wirken, damit die große Ar-
beitslosigkeit infolge Kohlennot nicht noch
größer wird. Auf die Forderung wird auch dieser Aufruf
keinen Eindruck machen. Sie werden weiter in den Be-
schlüssen die Sechsstundenschicht als eine unbedingte Notwen-
digkeit propagieren, deren sofortige Verwirklichung nur von
den kapitalistischen Ausbeutern und ihren Helfern“ wider-
strebt würde.

Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß die Einführung
der Sechsstundenschicht ohne die nötige technische Vorber-
eitung und Vermehrung der geschulten Bergleute ein be-
deutendes Fallen der Kohlenförderung zur
Folge haben wird. Die geringste Schätzung bemittelt diesen
Förderungsfall auf eine halbe Million Tonnen
monatlich! Das ist gleichbedeutend mit der gänzlichen
Stilllegung einer großen Zahl von Fabriken
und Werksstätten, die heute schon mit sehr eingeschränktem
Betrieb arbeiten. Die Zahl der erwerbslosen Arbeiter und
Arbeiterinnen würde ungeheuer vermehrt. Das wissen die
herrschenden Aufreißer der Bergleute ganz genau, aber
es kommt ihnen ungeheurermaßen darauf an,
unter Wirtschaftslieben zum Zusammenbruch
zu treiben. Hinterher soll dann die „Räte-diktatur“,
d. h. die Diktatur einer kleinen Anzahl bestimmungsloser
Kommunisten die Herrschaft übernehmen.

Auf den Einwand, die Entente bestehe auf größere
Kohlenlieferungen und würde wahrscheinlich das Ruhr-
gebiet besetzen, wenn die Lieferungen ausblieben, ent-
gegnet die Aufpeitscher ungehört in ihrer Presse: Wenn die
Ententetruppen kämen, würde unter ihnen die Aufklärungs-
propaganda betrieben und so die Weltrevolution be-
schleunigt! Doch in dem weit über ein Jahr lang von
der Entente besetzten linksrheinischen Gebiet die Militär-
diktatur herrscht und dort von einer „Weltrevolution“

200 Millionen Gulden.

Berlin, 22. Januar. Amtlich. Die Verhand-
lungen zwischen den bevollmächtigten Kommissionen der
deutschen und niederländischen Regierungen
haben zu einer Uebereinkunft über einen den beider-
seitigen Regierungen vorzuschlagenden Vertragsab-
schluß geführt. Danach erhält Deutschland einen Kre-
dit von 200 Millionen Gulden auf 10 Jahre
und verpflichtet sich zur Weiterlieferung der im Vorjahre
vereinbarten Kohlenmengen auf einer neu verein-
barten Weltmarktpreisbasis, sowie zu einer
Regelung der in holländischem Besitz befindlichen
Kohlenfelder an der deutschen Grenze, die den aus
der Grenzlage sich ergebenden ökonomisch-technischen
Verhältnissen entspricht und hierdurch den weiteren
Ausbau dieser Felder in beiderseitigem Inter-
esse ermöglicht.

Der Kredit soll in Höhe von 60 Millionen Gul-
den zum Ankauf von Lebensmitteln in Holland, in
Höhe von 140 Millionen Gulden zum Ankauf von
Rohstoffen in beliebigem Land Verwendung finden.

Ueber die Verhandlungen zwischen der holländischen und
deutschen Regierung wegen des Abschlusses eines großen
Kredits berichtet man bereits am 20. Januar. Das Kredit-
geschäft ist nunmehr abgeschlossen, 200 Millionen holländische
Gulden, das sind 4,8 Milliarden deutsche Mark,
sind nunmehr zur Verfügung, um durch den Bezug
von Rohstoffen und Lebensmitteln unsere
schwierige wirtschaftliche Lage zu erleichtern. Dieser Beweis
für das Vertrauen, das seitens Hollands dem Wiederaufbau
unserer Wirtschaft entgegengebracht wird, dürfte uns auch die
Eröffnung von Krediten durch andere Geldgeber-
staaten wesentlich erleichtern.

Milliardenkredit für Oesterreich.

In der Mitteilung über den amerikanischen 70-Millionen-
Dollar-Kredit für Oesterreich heißt der Staatssekretär der Finanzen
in der Nationalversammlung folgende Bemerkung: Die Ken-
nerung des bisherigen Standpunktes der amerikanischen
Regierung hinsichtlich der Kredithilfe für Europa und Oesterreich
müssen wir mit allergrößter Dankbarkeit begrüßen, um so mehr
als damit die Voraussetzung, welche Frankreich und Eng-
land für eine Kredithilfe ihrerseits aufstellten, erfüllt ist, so
daß wir nunmehr viel größere Ansprüche haben. Saluzienkredit
zu bekommen, als es noch vor kurzem den Anschein hatte.

Der Staatssekretär der Finanzen brachte ferner eine Vorlage
betreffend die Aufnahme einer ausländischen Anleihe gegen
Sicherstellung durch das Erträgnis des österreichischen Tabak-
monopols ein. Die Anleihe bewirkt die Beschaffung ausländischer
Zahlungsmittel zur Sicherstellung des dringendsten Bedarfs
an Lebensmitteln für die nächste Zeit. Die Vorlage über die Bez-
ugsmögensabgabe wurde dem Ausschuss überwiesen.

Treue der Ostmark zur deutschen Heimat.

Aus Krefeld wird uns geschrieben: Anlässlich der Uebergabe
des deutschen Grenzgebietes an Polen fanden längs der
ganzen neuen Front erhebliche erschütternde Kundgebungen
der ausgelieferten deutschen Bevölkerung statt. Stadt und Land
bezeugten in immer erneuter Treuehuld für das deutsche Vaterland
und hegen die tiefste Hoffnung, daß der un-
günstige Gewaltfrieden durch Recht und Selbstbestimmung
erzweckt und die fernöstlichen Grenzgebiete der Ostmark durch bessere
Einheit in den Reihen der bisherigen Feinde schnellstens dem
Vaterlande zurückgegeben werden.

kaum gerodet, geschweige, daß sie vorbereitet wird, das
geniert die großen Geister nicht.

Absolut sicher ist aber, daß, wenn die Entente sich von der
noch mehr verringerten Förderung so oder so den Pflichten teil
sichert, nach den östlich, südlich und nördlich vom Ruhrgebiet
liegenden deutschen Landesteilen überhaupt keine
Ruhtröbe mehr kommt! Wenn darauf jede Zufuhr
von Ruhtröbe nach Frankfurt, Hamburg und Ber-
lin unterbleibt, wenn dort die Kohlennot zu einer gefährlichen
Katastrophe führt, dann werden die Kommunisten und Un-
abhängigen prompt die „kapitalistische Regierung“ beschul-
digen, das Elend verschuldet zu haben. Durch ihre verwerf-
liche Sabotage des Kohlenbergbaus wollen die Geisteslosen
ein wirksames Mittel zur Erreichung ihrer Zertrümmerungs-
pläne bekommen.

Das ist zurzeit die Situation im rheinisch-westfälischen
Industriegebiet. Wenn dagegen die Regierung die erforder-
lichen Vorbeugungsmaßnahmen trifft, wer will und kann ihr
daraus einen Vorwurf machen?

Teuerungszulage und Pensionäre.

Die inwärtigen von den gesetzgebenden Körperschaften des
Reiches gebilligte Erhöhung der laufenden Teuerungszu-
lagen für die Reichsbeamten um 150 v. H. für
die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. März 1920 erweist
sich auch auf sämtliche Pensionäre und Hinterblie-
bene, die bisher Teuerungszulagen erhalten haben oder
noch den maßgebenden Grundfähen erhalten konnten.

Es muß zwar daran festgehalten werden, daß die Teue-
rungszulagen an Pensionäre usw. nicht ohne weiteres zu ge-
währen sind, sondern daß dabei das Bedürfnis geprüft
werden muß. Im Hinblick auf die jetzigen Teuerungszu-
stände soll aber bei der Prüfung der Bedürfnisfrage ein
besonders milder Maßstab angelegt und bei Festlegung
der Prozentsätze (50 bis 100 Proz. der den Beamten zu ge-
währenden Teuerungszulagen) der wirtschaftlichen Lage der
Pensionäre in weitgehendstem Maße Rechnung getragen
werden. Bei den erforderlichen Feststellungen und bei den
Auszahlungen soll mit größter Beschleunigung ver-
fahren werden.

Es bezieht auch die Absicht, bei der zum 1. April 1920
in Aussicht genommenen Besoldungsreform Mittel
für eine Aufbesserung der Lage der Pensionäre usw. an-
zuzuerdern.

Holland an die Neutralen.

Aus Stockholm wird gemeldet:
„Svenska Dagbladet“ erzählt, daß die holländische Re-
gierung an alle übrigen neutralen Staaten einen
Appell richten werde, um einen allgemeinen Protest
gegen die Auslieferungsforderung und die erzwungene
Verletzung der international anerkannten Rechte zu heranzulassen.
Solcher Schritt, bei dem wohl auch Schweden zur Teilnahme
aufgefordert werden wird, erweise wohlüberlegt und könnte viel-
leicht die Einleitung zu gemeinsamem Vorgehen der Neu-
tralen auch in anderen Fragen werden.

„Stockholms Dagbladet“ schreibt: „In drohendem Ton
wird in der Note daran erinnert, daß das niederländische Volk
großes Interesse daran hat, sich nicht den Anfeinden zu geben, als
wolle es den Kaiser beschützen. Hier sind wir weit von
allen Rechtsgedanken entfernt und dieser ganze Abzug ist entschieden
beleidigend für das holländische Volk. Dieses Volk hat natür-
lich immer als seine internationale Pflicht betrachtet, die Gebote
des Rechts zu erfüllen und kann sich auf solche Ueberlieferungen
aus diesem Gebiete berufen. Wenn es sich jetzt genötigt
sieht, eine abschlägige Antwort zu geben, so geschieht das
gerade aus jener Ehrfurcht vor Recht und Liebe zur Gerechtigkeit“,
die Dutala ihm absprechen will, falls es nicht folgt und nicht
aus dem Wunsch, den Vertragsbruch und die völkerrechtswidrige
Kriegsführung moralisch zu kritisieren. Die hypothetische Annahme
in niedriger Beweggründe im Verein mit der Erklärung, daß es nach
unserer Ansicht das behaverlichste und für das Völkerrecht der Zu-
kunft unglückverheißendste an dem ganzen Altentum.“

Nach der englischen Presse ist eine Note an Holland
fertiggestellt worden, über die „Daily Mail“ schon folgendes mit-
zuteilen weiß:

Die alliierten Regierungen haben die holländische Regierung
darauf aufmerksam gemacht, daß sich diese nicht darauf berufen
könne, der Kaiser sei Untertan eines anderen Staates.
Deutschland habe der Auslieferung bereits durch
die Ratifizierung des Friedens zugestimmt, aus diesem
Grunde könne Holland die Auslieferung nicht verweigern.

Zeitungsverbote und Buchdrucker.

Dem Reichswehrministerium wird uns geschrieben: Das Lei-
tamt der deutschen Buchdrucker hat sich in einer Eingabe an den
Reichswehrminister mit der Bitte gewandt, die ergangenen Zeit-
ungsverbote rückgängig zu machen, weil durch sie ein Teil
der Verbandsangehörigen in seinen Erwerbsinteressen geschä-
digt werde. Daraufhin ist dem Leitamt folgende Antwort er-
teilt worden:

Berlin, den 22. Januar 1920.

Sehr geehrte Herren!

Auf Ihre Eingabe an den Herrn Reichswehrminister vom
21. Januar habe ich die Ehre, Ihnen in meinem Auftrage nach-
stehendes zu erwidern:

Niemand behauptet mehr als der Herr Reichswehrminister,
wenn durch die ihm aufgefundenen Abwehrmaßnahmen Unbilligkeit
wie die Buchdruckereiarbeiter und Angestellte der verbotenen Zeit-
ungen geschädigt werden.

Wenn Sie sich indessen dafür verwenden, daß mit Rücksicht
auf die Interessen der betroffenen Buchdrucker die ergangenen
Verfügungen zurückgezogen werden mögen, so bedeutet das eine
günstige Beräumung des Grundes der Lage, in

Der mir am weitesten stehenden. Die mit allen Mitteln der Aufklärung bestmögliche Erhellung der öffentlichen Meinung sollte unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse zum vollen Zusammenbruch führen. Dieser zu verhindern, liegt im Interesse des gesamten Volkes und damit auch der Nachbarn im besonderen.

Es wird selbstverständlich darauf Bedacht genommen werden, jede als unnötig erscheinende Maßregel zu vermeiden. Die Reichsregierung und der Herr Reichswehrminister als Ausbilder der vollständigen Gewalt werden sofort auf die Anwendung der zurzeit notwendigen harten Maßnahmen verzichtet, wenn die verbrecherischen Aufstände auf die Lebensinteressen des gesamten Volkes abgesehen sind. Bis dahin muß das Interesse der Allgemeinheit in jedem Fall über die Interessen einzelner gestellt werden.

Mit der Bitte, den Herrn Reichswehrminister in seinem Verlangen, das deutsche Volk vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren, verständnisvoll zu unterstützen, zeichnet hochachtungsvoll
Kauß.

Absäßen von Wilhelm.

In Köln, wo die Deutschnationale Volkspartei einen Parteitag für das besetzte Gebiet abhielt, referierte auch der große Unabhängige des Weltkrieges, Paul Fuhrmann. Er rief zunächst ein kräftiges „Nieder mit der Nationalversammlung“, worauf aus der Versammlung prompt der Ruf „Judenversammlung“ antwortete. Dann aber sagte Herr Fuhrmann weiter:

Wir alle sind mitschuldig am Ausbruch des Krieges (der Deutsche Fuhrmann ganz bestimmt. Red.) Die Kaiser-Gelasse geben ein getreues Abbild unserer planlos und stillos von einem Punkt zum anderen urchenden Politik. Deshalb wurden sie erschütternd. Trotzdem ist meine monarchische Überzeugung nicht insanken geraten, aber als übergenante Monarchisten haben wir auch das Recht der Kritik. Wir müssen daran festhalten, die Person unseres früheren Kaisers ist nicht gleichbedeutend mit dem monarchischen Prinzip.

So einfach liegt die Sache nicht. Das monarchische Prinzip beruht auf der Theorie, daß der Monarch „von Gottes Gnaden“ ist, auf dessen Haupt Gott die Krone fallen läßt. Ist seine Sache, der Untertan hat den ihm von Gott verordneten Monarchen hinzunehmen. Eine „Monarchie zum Ausschluß“ widerspricht dem monarchischen Grundgedanken ganz und gar. Die Person des früheren Kaisers ist daher absolut gleichbedeutend mit dem monarchischen Prinzip, wenn auch die früheren Taten nicht im vollen Maße verleugnen.

Maßregelung organisierter Landarbeiter.

Von den Genossen Kagenstein, Frau Göts, Künze ist folgende Anfrage in der Nationalversammlung eingebracht worden:

Auf einer am 11. Januar in Köln abgehaltenen Reichsgeneralsammlung des Deutschen Landarbeitersverbandes wurde von einer Reihe Delegierten berichtet, daß die Grundbesitzer mit Kündigungen gegen die dem Verbande angehörenden Landarbeiter vorgehen, teilweise mit der offenen Erklärung, daß dadurch das Koalitionsrecht der Landarbeiter aufgehoben werden solle. Es wurden 83 solcher Kündigungen von 18 Gütern berichtet. Auch in Worpommern sollen die Landarbeiter über Maßregelung der Mitglieder der Arbeitervereine, ferner über die Nichtentlohnung, die Entlassung einzelner Landarbeiter, an deren Stelle Ausländer eingestellt wurden. Es ist klar, daß durch solche Maßnahmen nicht allein die Lebensinteressen der Landarbeiter bedroht, sondern auch der Friede auf dem Lande und damit die Volksernährung in ernstliche Gefahr gebracht werden.

Was gebietet die Reichsregierung zu tun, um das Koalitionsrecht und die Lebensmöglichkeit der Landarbeiter sicherzustellen? Wir erwarten einen schriftlichen Bescheid.

Vom Arbeiter zum Astronomen.

Er ging aus einer Metz-Kasine im Norden Berlins hervor, die den Spitznamen „Das graue Elend“ trug. Aber das graue Elend konnte nicht unterdrücken, was in ihm steckte. In seinem 25. oder 26. Lebensjahre entwickelte sich in ihm ganz plötzlich eine wahre Leidenschaft nach dem gestirnten Himmel. Da lag der Junge an Sommerabenden einsam auf dem Felde und starrte stundenlang aufwärts in die gestirnte Wunderwelt. Er wußte nichts von Chronometrie, aber der Entschluß, die Sterne zu studieren, entstand damals. Und aus dem Zimmer wurde nebenbei auch ein Sozialist. Und auch der religiöse Unterbau erlitt Veränderungen. Die Sterne sagten etwas anderes als die Bibel, und Christus etwas anderes als die Volksüberlieferungen.

Noch waren die Sterne und ihre Wissenschaft unerreichbar. Für den Schulknaben begann ein Martyrium der Arbeit und das Erwachen zum Manne. Da fällt ihm ein kleines Reklam-Heft von Dr. W. Meyer: „Auf der Sternwarte“ in die Hände, und das glühende Feuerchen entfachte sich zur Glut. Von da an wurde jeder Flecken für Bücher geliebt. Dem machte längere Arbeitslosigkeit ein Ende, die durch manche harte Episode unterbrochen wurde. Endlich sah der junge Mann den Mut, an den Urania-Verlag zu schreiben. Das war die Wendung. Bürgel wurde der Schüler des verdienstvollen Schöpfers des Urania-Theaters, der ihn nach Kräften förderte. Nun ging es langsam aufwärts. Er versuchte sich mit Bild als volkstümlich schreibender Schriftsteller, als welcher er mehr und mehr bekannt wurde. (S. 1. Buch: „Aus fernem Welten“) ist noch immer die weitaus beste Chronometrie für das Volk! Dann der Krieg. Eifrig erlernt er und weitet. Deutlich wieder dasjenige am Schreibtisch und am Fernrohr.

Eine Menge Reflektionen durchsahen das sehr gefällig und humorvoll geschriebene Büchlein. Mehrfach kommt Bürgel auf den Hof zu sprechen, den der Arbeiter so oft gegen den Mann im „besseren Rock“ erkennen gibt. Nach seiner Meinung, der viele beitreten werden. Sämtlich die Sozialdemokratie sehr zu ihrem Schanden den geringen Nachwuchs fern, den sie gerade jetzt so dringend braucht. Infolge gegenseitigen Nichtverstehens läuft noch eine tiefe Kluft zwischen dem Handarbeiter und dem Geistesarbeiter. Die Schuld liegt, wie gewöhnlich, auf beiden Seiten. Die Unerblichkeit des Akademikers... ist genau so schuld... wie der Arbeiter, der nicht sieht, daß der geistige Schaffer durchaus nicht das beneidenswerte Dasein führt, das gewisse Vorurteile vermuten lassen. Auch der Zweifel hat Bürgel gepackt. Immer deutlicher wurde mir, daß die Naturwissenschaften nur die Dinge beschreiben, die Erscheinungen aufdecken können, daß sie aber ins Innere, in den Kern, in die Welt des wirklich Wirklichen nicht eindringen können und daß es hier erst helfen muß: Wir werden nicht

Silenzensur.

Der Ausschuss der Nationalversammlung für Bevölkerungs- und Statistik legte heute die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Prüfung von Bildkreisen für Pässe vor.

Die Beratung des § 1 wurde ausgesetzt bis nach Einführung der Passkreise.

Der § 2 lautet: Bildkreise von wissenschaftlichem oder künstlerischem Wert, gegen deren unbedachte Vorführung Bedenken vorliegen, zur Vorführung für bestimmte Personenkreise zugelassen werden. Diefem Paragraphen wurde zugestimmt.

Bei § 4 fand eine eingehende Erörterung darüber statt, ob dabei ausgesprochen werden solle, daß ein einmal genehmigter Kreis auf Antrag der Bundeszentralbehörden widerrufen werden könne. Die Unabhängigen verlangten Streichung dieses Paragraphen und forderten die Kommunalisierung des Filmwesens. Nach längerer Debatte wurde mit den Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen ein Antrag auf die (Dem.) entsprechend, der § 4 gestrichen.

§ 5 handelt von der Filmzensur. Hier wurde folgender demokratischer Antrag angenommen: Die Prüfung der Bildkreise umfasse die Bildkreise selbst, den Titel, den verbindenden Text und die dazugehörigen Bild- und Plakatskizzen, soweit letztere bildliche Darstellungen enthält.

Dieser Antrag tritt an Stelle des § 5 der Regierungsvorlage.

Genossen Georg Davidsohn macht es Spott, mich in der „Berliner Volkszeitung“ anzuspüren. Er kann nicht behaupten, daß mich hemmungslöse Abneigung gegen Rabbi und Nicht dazu zwingt, außerhalb der Reichsliche Klage zu bleiben. Nun verzieht er sich am Reizung meiner Verantwortlichmachung für den „Botschafter“ in die Sache hineinzuziehen. Er will als erster Journalist nicht beargen, daß — abweichende Meinung vorausgesetzt — der Verantwortliche niemals derjenige sein soll, den man nicht kann. Wenn also mein Kopf mit dem des ewig ständerten Davidsohn zusammenstößt und es klingt hoch, so rührt der Klang in diesem Falle bestimmt nicht aus meinem Schädel.

Kurt Biedler.

Erzberger gegen Helfferich.

Nach vor 10 Uhr eröffnet Landgerichtsdirektor Baumhach die Sitzung mit der Mitteilung, daß an das Gericht Schreiben von zahlreichen Zeugen eingegangen seien, daß sie wegen Krankheit und anderer Gründe wegen nicht erscheinen können. Auch der Zeuge August Thibben sen. habe mitgeteilt, daß er wegen Krankheit (Schwindelattacke) vor Ablauf von drei Monaten nicht an Gerichtsstelle erscheinen könnte.

Gen. Justizrat Dr. von Gordon erklärt, daß Minister Erzberger das Richteramt dieses Zeugen auf das lebhafteste bedauere und, da es sich um äußerst wichtige Verbindungen handle, die der Zeuge zu machen habe, beantragen müsse, den Zeugen an seinem Aufenthaltsort kommissarisch zu vernahmen. Herr Thibben kann bezeugen, daß zwischen ihm und dem Herrn Finanzminister nicht das geringste Unsaubere in geschäftlicher Beziehung vorgekommen ist.

Oberstaatsanwalt Krause: Ich halte es auch für sehr wichtig, daß der Zeuge August Thibben hier vernommen wird.

Rechtsanwalt Dr. Albers: Auf den Fall Thibben legen wir sehr großes Gewicht. Es fehlt heute auch ein Zeuge Dr. Meber. Wir behaupten, daß Erzberger an dem Unternehmen dieses Zeugen sekundär beteiligt ist. Vielleicht kann die Gegenseite uns sagen, wo er zu haben ist, die Gegner scheinen aber kein Gewicht darauf zu legen, diesen Zeugen hier vor Gericht zu sehen.

Justizrat Dr. von Gordon: Wir weisen die Unterstellung, als ob wir die Adresse dieses Zeugen verweigern wollen, zurück. Rechtsanwalt Dr. Albers: Es handelt sich um den Direktor der Rhein-Werke, der orientiert ist über die einschlägigen Verhältnisse, und der Gegenseite wird doch zweifellos bekannt sein, um welche Persönlichkeit es sich handelt.

Minister Erzberger: Ich kenne einen Dr. Meber überhaupt nicht. Vielleicht ist es der Direktor der Sächsischen Gummi-Werke in Dresden, der heißt aber Bekke.

Dr. Albers: Dann ist dieser Herr gemeint. Wir behaupten, daß Herr Erzberger an dessen Unternehmungen sekundär beteiligt ist und da war es doch nicht schwer zu sagen, wo der Herr ist. Wir beantragen die Ladung dieses Zeugen.

Nach längerem Auseinandergehen zwischen Dr. Albers und Gen. Rat Dr. von Gordon zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück.

„wissen!“ Und so landet Bürgel beim „Ignorantismus“ Da Bois-Reymond.

Wir unfererlei sieben hier das Wort seines Gegners Hädel vor: Impavido progrediamur. (Zurücklos schreiten wir vorwärts.) Ueberhaupt, meint Bürgel: Auf der einen Seite dem Volke in zahlreichen Aufträgen astronomisches und anderes Wissen zu vermitteln und auf der anderen Seite zu erklären, daß wir nichts wissen können — das geht nicht! Daß wir die „Welträtsel“ nicht lösen können, das soll uns nicht hindern, immer mehr zu „wissen“, d. h. Verbindungen der Dinge zu einander festzustellen.

Es wäre noch manches anzuziehen. Aber man liest das Werkchen selber selbst. Ich wünsche ihm sehr viele Leser, vor allem unter den Arbeitern, Pädagogen und Sozialpolitikern. Das Alter gab Bürgel übrigens noch kein Recht, Lebenserinnerungen zu schreiben. Er hat, erst 44 Jahre alt, auf seinem Wege noch allehand zu leisten.

Vom Arbeiter zum Astronomen. Lebenserinnerungen von Bruno G. Bürgel. Mit dem Bilde des Verfassers. Berlin 1919. Verlag Müller u. Co.

Rati Kraus las aus seinen Dichtungen an zwei Abenden für die hungernden Wiener Kinder. Gestern im Meisteraal. Vor einer dichtgedrängten Klasse. Und es gehört zum Bilde, zu sagen, daß sie ganz aus den jungen Lebensaltern bestand. Also: die Generationen der nächsten Zukunft drängen sich nach seinem Wort. Und dies Wort ist Sonnenwollen und Frühlingsergehen, und es ist Bruch mit dem, was gestern übermächtig war, aufsteigender Heißdrang und schonungslos richtender, hinrichtender Brand. Also der Karl Kraus von heute, wie ihn das überbordende Ungewissheit Weltkrieg anfallend ermet hat, ein Erasmus des Widerstandes zur Selbstbehauptung, der ihn hinauswandelte über die geistige Art von vordem. Der Bestweis, dem die breite menschliche Masse bedürftig war, weil sie aus sich selbst nicht hinauskam über Richtigkeit, ist zum menschheitensklammten Räucher und Schützer geworden, und aus diesem Geiste wirkte er auch gestern im Meisteraal. Inmitten der Horrorschöpfung gab es eine lehrliche Gruppe, in der lebend emporgreifender Widerstand überströmte sich aufbauenden, goldberglenden Schrei: ein Kämpfer, das furchtbare Ganze der Kriegsklärung beherrschend im Geiste, voll mit erwürgender Gewalt die Hentkerkultur der Nachkriegs. Und der kräftige Weißkopfgelb, den der Frühlingsschnee löste, wuchs nach den Anflugelungen zu Weißkopfgelb. Denn aber kam die äußerliche Eintragung des Abends: der Vortrag des Schicksals des dramatisch aufwühlenden Kriegsgeschehens: „Die letzten Tage der Menschheit“. Ein Weißkopfgelb von Geistes des Krieges! Geschnitten mit den Messern empörter Satire. Im Dienst der Wahrheit, die zu Gericht sitzt über ein mahnendiges Menschenblut bewirtschaftendes Gemolpach von höflichen Klaffen!

„Welgerich!“ heißt das Doppelbuch, in dem Kraus zusammengefaßt hat, was er während des Krieges in seiner „Hedel“

Der Vorliegende verkündet nach kurzer Beratung folgenden Beschluß: Das Gericht hat beschlossen, den Zeugen August Thibben kommissarisch an Ort und Stelle zu vernahmen, und zwar durch ein Mitglied des Kollegiums, den Berichtserichter.

Es wird hierauf dem Dr. Helfferich das Wort zur Ausführung über

die Thibben-Angelegenheit

gegeben. Er führt aus:

Ich habe den Fall Thibben nur als ein Beispiel angeführt. Ich habe behauptet, daß Erzbergers Stellung zu den Fragen der Kriegspolitik und Kriegswirtschaftspolitik eine andere war während und nach seiner Zugehörigkeit zu dem Thibben-Kongress bestimmte Beispiele dafür habe ich nicht gegeben. Die „besondere Seite“ in der „Deutschen Wg. Ztg.“ unterstellt mir, ich hätte sagen wollen, daß Erzberger erst nach seinem Ausscheiden aus dem Thibben-Kongress für eine Friedenspolitik im Sinne der Reichstagsresolution eingetreten sei. Diese nicht von mir ausgegangene Behauptung belächelt kann die „besondere Seite“.

Ich hielt damals die Zeit noch nicht für gekommen, um die sehr komplizierten Beziehungen zwischen Herrn Erzberger, dem Hause Kraus, dem Hause Thibben und der Erzbergerschen Kriegs- und Friedenspolitik zu vertiefen. Ich pflege meine Worte zu wägen, was bei Herrn Erzberger und einem im Dunkel geliebten Pressekorrespondenten nicht immer der Fall zu sein scheint. Ich habe deshalb mit aller Absicht nur den Anknüpfungspunkt der Erzbergerschen Wendung bezeichnet und nicht von der

Friedensresolution.

die Herr Erzberger in den Vordergrund schieben will, gesprochen, denn Sie werden sehen, daß nicht nur Herr Michaelis, sondern auch andere Leute, allerdings nicht laut, bei sich von der Friedensresolution sagen: „Wie ich sie auffasse.“

Erst nachdem Erzberger mich wegen meiner angeblichen Postille in Bezug auf Belgien in der unerhörtesten Weise angegriffen hatte, bin ich beabsichtigt einer Einzelheit des Erzbergerschen Verhältnisses zu Thibben etwas deutlicher geworden und habe in der „Kreuzzeitung“ festgestellt, daß nicht der General Ludendorff und ich in Belgien, wohl aber Herr Erzberger im Kriegesgebiet den Versuch gemacht hat, „vollendete Tatsachen“ zu schaffen, indem er die Ueberweisung der Gruben an den Thibben-Kongress erzwang. Die Gegenseite bestreitet, daß die Ueberweisung der Gruben verlangt worden ist und behauptet vielmehr, es sei lediglich die Uebertragung der Ausbeutung während des Krieges gefordert worden. Ich muß meine Vorwürfe wie folgt gliedern: 1. Die Stellungnahme Erzbergers in der Annexionfrage des Orien-Gebietes. 2. Anderweitige Bemühungen des Herrn Erzbergers für den Thibben-Kongress in anderem Rahmen. Zum ersten Punkt habe ich anzuführen, der Antisemitismus des Herrn Erzberger beschäme mich weiterschlingenden Appetit. Herr Erzberger hat bereits im Jahre 1914 sein

Annexionsprogramm

fertiggestellt, in dem alles geregelt war, Erwerbungen usw. War bis auf die Tilgung der Reichsschulden. Vor: An wen ist denn dieses Programm gegangen? Helfferich: Das Annexionsprogramm des Herrn Erzberger ist an den Reichskanzler Bethmann Hollweg, an Moltke, Falkenhayn Tirpitz und noch an andere Herren gegangen. — Vor: Ich bitte den Herrn Minister, den Artikel in der „Kreuzzeitung“, in dem der Herr Angeklagte diese Behauptung ausgesprochen hat, zu prüfen, ob es mit dem übereinstimmt, was Herr Erzberger damals in dem Annexionsprogramm niedergelegt haben. — Erzberger überliest den Artikel in der „Kreuzzeitung“ flüchtig und erklärt dann: Ich habe allerdings 1914 an den Reichskanzler geschrieben. — Helfferich: Herr Erzberger hat sich durchaus von der

repräsentativen Typus der Lombard-Barma

lassen lassen. — Vor: Ich glaube, das geht zu weit. — Helfferich: Sechs Wochen vor der Juli-Resolution war Herr Erzberger mit Feuer und Flamme dabei als die rechte Hand Thibbens die Annexion von Orien und Longwa zu organisieren. Erzberger fuhr mit Thibben auftrug in das Hauptquartier und versuchte dort zu wirken. Er kam dann nach Berlin zurück, traf den Geheimrat Duisburg im Hotel und fuhr dann zu Thibben. Nachdem Thibben im Hauptquartier seine Interessen durchgesetzt hatte, beehrte sich Erzberger durch die Presse und durch seine Verbindungen Propaganda für die Annexion zu machen. Das war drei Wochen, nachdem Erzberger in Wien den Czerninischen Bericht erhalten und mehrere Mitglieder des Reichshofes und der Familie Barma besucht hatte. An der Reichstagsitzung vom 27. No-

viember. In seinem dramatischen Gemälde zeigt Künstlerkraft den Inhalt dieses dokumentarischen Buchs feulender Satire zusammen. Um Wiederholungen zu vermeiden, teile ich Kraus mit, daß seine eigenen während des Krieges entstanden sind. Ein Souvenir für die Offiziere im Saal eines Korpskommandos, eine Zumeisterung hiesiger Kriegspredigten, ein Weißkopfgelb von Jomismus, Borniertheit, Aufgeblasenheit. Es ist während der Schlacht, die sich allmählich zum feindlichen Durchbruch entwickelt. Als die Katastrophe vollkommen ist, wird der Hintergrund der Szene, das riesige Landbild „Die große Zeit“, zu einer Nacht von Bildern, in der alle Anwärterleben kriegerischer Menschenvermählung übersehen. Etwas schnell hinter Szene, kurze, kürzeste Latz des Grauens, jähe, erdarmungslos wahre Würde, ein Kaleidoflos des Unstetens, ein Jeder aller Formen der unheimlichen Hochkultur, mit der eine fallreife Gesellschaft ihr Ende besiegelte. Eine Szene nennt den Kronprinzen, vor dem bei einer Truppenbesichtigung Plattenmesser ein W in die Luft gehoben; als der Wächter dabei symbolisch vom großen Web der Zeit spricht, schreit von der Tür her ein Mann durch den Saal; es gibt Lärm gegen den Meister, lautes Händeklatschen für Kraus und der Schwär, der sich deutlich entrüstet, wird aus der Tür gedrängt. Nach der vollen Stunde des Abendtrags, einer fünfzehn Stunde, mischt sich in die mächtigen Chantionen für Kraus abermals die Schriftstellers, und nun werden zwei altheidische Fürstlein, während im Saal Beifall ohne Ende ertönt, dranhin nach Verdienst behandelt: ein paar handfeste Höhe befördern sie die Treppe hinunter. Sie hatten keinen Anhang gefunden. Die Kräfte, die Karl Kraus, allen langläufigen Positionen mit wachsender Größe des Kampfes überfüllt, geschmeißt, rief alles auf ihre Seite. Aus erschüttertem Geiste tiefer Menschlichkeit geboren, in erschütterndem Vortrag hineingeleitert in die dicke Hörerschaft, gab sie Gewaltiges, wie es gegeben werden muß, wenn für die immer noch in Klasse niederstammend sinkenden Opfer bis zur verdrücklichen Gewissenlosigkeit verfallener Staatsmänner um Hilfe gemordet wird.

Der Krat im Dienste der Stadtgemeinde. Einen Jullus von Vorfragen und Befragungen veranlaßt das Seminar für soziale Studien vom 2. - 25. Februar. Nach Festhalten können auch sonstige oder nach Maßgabe des permissiven Raumes kostenlos zugelassen werden. Programm und Eintrittspreise durch Sammlerin Dr. A. Helfer, Grotmannstr. 4/4/3.

Wahl. Sonntag, den 2. d. Mo., abends 7 1/2 Uhr, im Blüthner-Saal: Wagner-Abend des Blüthner-Orchesters. Dirigent: Carl Schindler. — Unter Leitung von Karl Biesel gibt das Blüthner-Orchester am 2. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Blüthner-Saal, Landwehr-Lager Nr. 12, ein Johann Strauss-Konzert. — Im Rahmen des Anton-Rammler des Blüthner-Orchesters am 4. Februar unter Leitung von Carl Schindler wird an Stelle des Anton-Rammler-Orchesters (der im Blüthner-Saal konzertiert) Frau Sigrid Hoffmann-Duggin mit ihrem Orchester mit O-moll-Sinfonie, Frau Hoffmann-Duggin mit ihrem Orchester mit Rännecker und zum ersten Male eine Reihe Brahms'scher Klavierstücke in der Hofkapellensaal, Reg. Nr. 10. — Herr Weingartner G. m. H. G. Das Wiener Opernregister rubriziert für die Jahre als Leiter der „Wiener Volksoper“. Die wöchentlichen Vorstellungen des Internationals für Erziehung und Unterricht werden am 2. und 3. Januar und 6. Februar wiederholt

Früher 1918 — — — (Fortsetzung): Seht das nicht zu weit? Es kommt für uns doch darauf an, wie weit Erzbergers Anzionspolitik durch parlamentarische Vorteile beeinflusst war. — Helfferich: In der eben genannten Reichstags-Sitzung erklärte Erzberger, daß wir den

Frieden von Brest-Litowsk

begreifen könnten, da er im Rahmen der Reichstags-Abgeordneten. Als darauf alles laute, erklärte Erzberger: „Lassen sie mich, antworten!“ Als Thesen sich von Erzberger trennte, wurde Erzberger plötzlich der größte Gegner der Annexion.

Zum zweiten Punkt meiner Ausführungen habe ich zu erklären: Erzberger setzte sich mit aller Kraft für die Ausbeutung der Erzgruben im Erzgebirge durch den Thesen-Kongress in einer Weise ein, die bedenklich erscheinen muß. Erzberger besuchte mich und erklärte mir, daß die deutschen Firmen noch jahrzehntelang mit Frankreich nicht arbeiten können, daß ihre dort investierten Vermögen beschlagnahmt seien, und daß die Gruben des Thesen-Kongresses an der Normannischen Küste auf lange Zeit verloren seien. Ich erwiderte Herrn Erzberger, daß es eine billigerweise wichtige wäre, während des Krieges eine Offizipation vorzunehmen. Eine Ausbeutung der Erzgruben könnte höchstens für die gesamte deutsche Industrie in Trope kommen, nicht für eine einzelne Firma. Nach dieser Unterredung erhielt ich am 20. Juni, also wenige Tage später, abermals eine Eingabe des Thesen-Kongresses. Vors.: Erklären diese Eingabe noch? Helfferich: Jawohl, ich werde mir erlauben, den bezüglichen letzten Absatz zu lesen.

Rechtsanwalt Dr. Friedländer: Der Herr Vorsteher meint offenbar die Eingabe vom 20. Mai. Der Vorsitzende läßt dann Helfferich den in Betracht kommenden Absatz der Eingabe vorlesen, in welchem der Kongress die Ueberzeugung der Gruben und die

Uebertragung bei Friedensschluß

berlangt. Rechtsanwalt Dr. Friedländer fragt den Angeklagten, wie er auf Seite 88 seiner Klugschicht zu der Behauptung komme, daß Erzberger schon im September 1914 als Thesen-Kongress-Kaufmann fungiert habe. Helfferich: Es tut mir leid, daß Herr Thesen heute nicht hier ist. Ich kann mich wohl über den Tag des Eintrittes Erzbergers in den Kongress geirrt haben; an den Details ändert das nichts. Wir können wohl etwas anderes vor. Ich hatte damals ein Angebot, das für das Kriegsministerium sehr wichtig war, zusammen mit Herrn Thesen bearbeitet. Und da ich beim Kriegsministerium einige Schwierigkeiten hatte, gab mir Herr Thesen mit folgenden Worten einen guten Rat: „Wenn Sie beim Kriegsministerium Schwierigkeiten haben, dann wenden Sie sich nur an den Abgeordneten Erzberger, ich habe gute Erfahrungen mit ihm gemacht.“ Vors.: Dr. Alsbach: Der Sinn des Gefagten wird doch dadurch übrigens gar nicht berührt. Man braucht ja nur anstelle von Kaufmannsmitglied das Wort „Geschäftsführer“ zu setzen. Rechtsanwalt Dr. Friedländer: Will sich der Herr Angeklagte nicht noch dazu äußern, wie er sich dazu stellt, daß er diese Behauptung noch aufrecht erhalten hat, trotzdem in der Deutschen Allgemeinen Zeitung gesagt worden war, daß Erzberger erst im Mai 1915 in den Aufsichtsrat eingetreten ist? Durch Nachlesen in der Broschüre wird dann festgestellt, daß die Verichtigung erst später erfolgt ist. Helfferich: Ich möchte jedenfalls in Abrede stellen, daß zwischen Herrn Thesen und Herrn Erzberger

ein rein historische Freundschaft

bestanden hat. Vors.: Wenn ich also recht verstanden habe, dann war man durchaus nicht abgeneigt, die Ausbeutung an den Thesen-Kongress zu übergeben. Helfferich: Jawohl. Ich möchte auch noch hervorheben, daß die Art und Weise, wie Herr Erzberger sich in seiner Doppelleienschaft als Abgeordneter und Aufsichtsratsmitglied meinen Beamten gegenüber verhalten hat, mein größtes Mißtrauen erregt hat. Der Vorsitzende ruft darauf den Reichsfinanzminister Erzberger auf und macht ihn darauf aufmerksam, daß sein vorgefertigt geleiteter Beugeneid sich auch auf diese und alle anderen Aussagen beziehe.

Der Zentrumsparlamentstag.

Die heutige Sitzung wird eröffnet mit dem Referat des Prof. Hausbach über die Kulturpolitik des Zentrums. Zunächst redigiert er die Koalitionspolitik seiner Partei, betont aber dabei, daß sich die Partei gewissmaßen in das Gedränge begeben habe, da man kaum hoffen konnte, an der Seite der sozialdemokratischen und demokratischen Partei eine grundsätzliche Politik treiben zu können. Die ersten Grundgedanken über Religion, Kirche und Schule müssen unbedingt aufrechterhalten bleiben. Es gibt kein Abweichen von allen Grundsätzen und Zielen. Bei der Verfassungsberatung hat das Zentrum konsequent und erfolgreich seine Kulturpolitik verteidigt. In der Gesetzgebung darf sich keine Verzerrung, sondern nur ein Ausbau der kirchlichen Grundrechte durchsetzen. (Sehr richtig!) Der Redner schließt dann die

Kämpfe um die Kirche und Schule

im Verfassungsausschuß und rechtfertigt die Stellung seiner Partei. Nicht alle unsere Forderungen sind erfüllt worden. Die Schulartikeln haben unter dem Schutze der Sorge um die konfessionelle Schule. Aber deshalb konnten wir den Stimmen nicht nachgeben, die ein Aufgeben der Koalition und eine Ablehnung der Verfassung forderten. Damit hätten wir nicht nur unsere Arbeit für das Vaterland preisgegeben, sondern auch das Schicksal der Kirche und Schule in die Hand einer harten Linksmehrheit gelegt. Hausbach tritt bei

Opposition im Zentrumslager

entwachen und erwähnt demgegenüber, daß man an hohen kirchlichen Stellen mit dem Zentrumsdarstellung für Schule und Kirche sehr zufrieden ist. Gott hat uns die Verantwortung für die Gegenwart und nicht für eine ferne Zukunft anvertraut. Demen gegenüber, die die Zeit des Nationalismus und der Nationalen kommen sehen und daher alle Ausdauerarbeit für nutzlos halten, existieren wir, daß wir uns nicht freiwillig in die Katastrophen hineinziehen lassen. (Beifall.) Redner kommt dann auf die Untergrabung der Staatsautorität durch die

Verdrängung der Regierung

und die Verheerung der Jugend zu sprechen und findet starke Worte gegen jenen Teil der Presse und der Öffentlichkeit, die der Heimat den schweren Vorwurf machen, durch eine schwächliche Haltung den Zusammenbruch verschuldet zu haben. Das Volk hat während des Krieges Unermessliches erduldet. Von dem Wiederherstellen der öffentlichen Autorität erhofft der Redner auch ein festes der Staatsautorität. Sehr scharf arbeitet Hausbach

die weltgeschichtlichen Gegenstände

zwischen Zentrum und Sozialdemokratie heraus. Der Kampf gegen den Sozialismus müsse fortwähren. So meint er, daß man sich die Firmen ändern, aber nicht würde er an der Spitze die Kämpfe in Weimar während des letzten Sommer abstraffen. Nach diesem mit hitzigem Beifall aufgenommenen Referat erhält Hg. Haus das Wort zu seinem Vortrag über

Verfassung und Kirche

Zur Rede von Hausbach mit einer eingehenden Würdigung der Arbeit des Reichstages, die die Schul- und Hochschulpolitik, sowie deren Wirkung auf die Schul- und Hochschulpolitik

gen im Westen und die Erfolge, die sie dem Zentrum bei den Wahlen brachte.

Koalitionspolitik der Koalition

mit Demokraten und Sozialdemokraten. Er lehnt es ab, über die neue Freiheit zu jubeln, bemerkt aber, daß heute noch nicht die Zeit zu einem abschließenden Urteil über Einst und Jetzt sei.

Es sind in der Verfassung nicht alle unsere Ideale verwirklicht, aber es liege eine

Politik im lauffertigen Raum

treiben, wolle man nur Ideale gelten und das praktische Leben außer acht lassen. Das Maximum dessen, was unter den bestehenden Verhältnissen zu erreichen war, haben wir erlangt.

Redner geht dann zur Besprechung der Verfassungsparagraphen über, die sich mit der

Stellung der Schule und Kirche

beschäftigen. Der Kompromißcharakter der Weimarer Verfassung ist überall bemerkbar. Mit gewaltigem Hammer Schlag hat der Sozialismus an die Tore der neuen Zeit die Forderung der Trennung von Staat und Kirche angeschlagen. Wo soll der Weg enden? Die katholische Kirche hat aber den freien Kampf der Meinungen nicht zu fürchten. Ihre Lebens- und Gestaltungsarbeit ist unüberwindbar, wenn uns auch der neue Staat verlassen hat. Wehe dem jungen, demokratischen Deutschland, wenn die Kirche unterliegt.

Die Thesen sind aktuell. Den neuen Rechtsabern rufen wir zu: Sorgt dafür, daß die Märsche stehen bleiben, daß die Sterne der Nation nicht erlöschen. (Beifall.) Bei der Lösung der kirchlichen Probleme darf nicht der

Geist von Voltaire und Marx

herrschen, sondern leidenschaftliche Gerechtigkeit und humanitäre Weisheit. (Beifall.) Wir brauchen eine wahrhaft christliche Demokratie. Dem Volke, was das Volk, und Gott, was Gottes ist! (Stürmischer Beifall.) Frau Abgeordnete Schumann spricht über

Schule und Verfassung

Seit jeher ist es Aufgabe des Zentrums, daß nicht der Staat allein, sondern auch die Gemeinden Einfluß auf die Schulen haben müssen. Die Grundfrage ist das Zentrum auch unter den neuen Verhältnissen treu geblieben. Gegenüber der verändernden politischen Lage konnte man sich fragen, ob man nicht die Forderung nach der konfessionellen konfessionellen Schule lassen und die konfessionelle Privatschule fördern sollte. Wir haben trotz der Ungunst der Verhältnisse an der ersten Forderung festgehalten und müssen versuchen,

möglichst viele konfessionelle Schulen

zu bekommen. Die Volksschule muß wenn möglich ge- heigert werden. Wir haben deshalb die Forderung der achtjährigen Schulpflicht und der sozialen Zug, der durch die Reichsschulpflichtgebung gest. lebhaft begrüßt. Die soziale Verfassung wird durch die Aufhebung der Nachschulen gefördert. Dem Auf- ruf der Zehnjährigen steht nichts mehr im Wege.

Abg. tritt bei der Parteilage in die Diskussion über die drei Referate ein. (Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Verichtigung: In unserer Morgenausgabe muß es im Bericht über den Zentrumstagsbericht heißen: Die Verdrängung durch die Plätze der Profitorien (nicht Pilegast!) einnehmen. Ferner lautet der Name der Referentin, Fräulein Dransfeld, nicht Drangfeld.

Groß-Berlin

Die Not der Kranken.

Das Krankenlostenwesen bedarf heute dringender als je zuvor einer gründlichen Erneuerung. Die Klagen über das ganze bisher geübte System mehren sich und die selbstkritischen Gespinnstwebereien vieler Krankenhäuser werden immer wieder als aufschreiendes Ergebnis empfunden. Es folgende uns aus Ärzteskreisen zugehende Betrachtung verdient deshalb die besondere Beachtung der in Betracht kommenden Kreise, da sie gegen eine gewisse Art von Krankenhäusern schwere Vorwürfe erhebt:

In den häßlichsten Erscheinungen des öffentlichen Lebens gehören die überfüllten Krankenzimmer vieler Krankenhäuser zu den schmerzhaftesten Erscheinungen des öffentlichen Lebens. In den engen Krankenzimmern zusammengepferchten Kranken warten und frieren. Viele Krankenzimmer erkranken sich dazu noch einer elenden Privatpraxis. Natürlich sind Krankenzimmer für Privatpraxis eingerichtet, die in ihrer Einrichtung nach ihrem Erscheinen sofort abgefordert werden, da sie in als bessere Zähler ein Recht darauf haben, vor den Krankenproleten bevorzugt zu werden; daß natürlich die Privatpraxis auch in der Reihenfolge der Befürder den Vorrang erhalten, bedarf keiner Erwähnung. Doch natürlich bei einer derartigen Ueberfüllung der Krankenzimmer von einer gewissenhaften Untersuchung, Behandlung der Kranken keine Rede sein kann — für genaue Untersuchung der Privatpraxis ist natürlich kein Raum vorhanden —, ist ebenso selbstverständlich, wie das grobe Krankenhandeln, die die finanziellen Leistungen der Krankenkassen in der gemeinen Weise ausüben und ihre Befürder simulieren, diese Art von vielbeschränkter Praxis aufzuheben, wo sie an öffentlichen eine genaue Untersuchung, d. h. eine Entlohnung des Schwindels zu befürchten haben; diese elendliche Sorte von Krankenzimmern, die so verstanden hat, dank ihrer persönlichen Verbindungen mit den Krankenverbänden eine Menge Krankenzimmer einbringen, — mit Hilfe von Schreiberknechten oder von Kassenrenten werden die medizinischen Arbeiten erledigt, geirrende Fälle von Kranken, die ein Nixum zahlen, werden den Krankenkassen übergeben — kennt ebensowenig Rücksicht gegen ihre tollkühnen Schwindelkassen, die sich oft der bittersten Not preisgeben sehen, noch gegen das ihrer Würde und ihren Namen ausgefachte Krankenproletariat.

Wie ist Abhilfe zu schaffen?

Solange die Zerschlagung der ärztlichen Hilfe ein frommer Wunsch bleibt, würde die Einführung der freien Praxis wohl für alle Preisenklassen, d. h. Befreiung aller Ärzte und Krankenkassen „unterer Klassen“ ohne Zweifel eine Verbesserung dieser unheilvollen Zustände herbeiführen. Das wäre eine Begünstigung des Höchstverdienens aus Krankenkassen und vor allem eine Ausschließung aller derjenigen Ärzte bzw. der Krankenkassen, die über eine gute Privatpraxis verfügen. Es wird jedenfalls die höchste Zeit, daß man hier ein Nachwort spricht und sich die Beseitigung dieser Mißstände angelegen sein läßt.

Die nicht freien können!

Was geschieht, um in diesen Zeiten allgemeiner Trauerung den Alten und Siechen ihr Los zu erleichtern? In Weimar, von uns von Rentenempfängern, von Insassen der Altersheimen, von Waisungen der Armenverwaltung zugegangen sind, finden wir immer wieder die Klage: „Und bist keiner, denn wir können nicht freieren!“ Die Forderungen zulegen zu den bestehenden Renten und die Erhöhung der langen Armegehälter reichen bei weitem nicht aus, diesen Lebensnotwendigen auch nur die dürftige Lebenshaltung zu ermöglichen, die sie in normalen Zeiten sich leisten konnten. Aber auch in anderen Altersheimen, deren Pflege auf Selbstbesorgung verwiesen werden und hierzu ein auf die Preise früherer Jahre zugeschnittenes Monatsgeld beziehen, herrscht unter den alten Leuten bitterste Not. Eine hoch in den Sechzigern lebende ältere Greisin, die in einem Altersheim untergebracht ist und dort einen ruhigen Lebensabend genießen zu können gehofft hatte, kam dieser Tage persönlich zu uns und klagte uns weinend ihr Leid. Kann man bei solchen Zuständen sich wundern, daß unter den alten Leuten der Tod reicher Ernte hält? Das Recht, zu sterben, ist noch das einzige Recht, das ihnen bleibt.

Doppelmord aus verhärteter Liebe.

Ein Eifersuchtsdrama, der zwei Menschenleben zum Opfer fielen, hat sich in Charlottenburg abgespielt. Schillerstr. 20 wohnte die Witwe Katerne, deren Mann im Kriege gefallen ist. Nach dem Tode ihres Mannes ging die Frau ein Liebesverhältnis mit dem Chauffeur Karl Müller ein. In letzter Zeit erlitt diese Verhältnis eine starke Zerrung dadurch, daß Frau Katerne sich von ihrem früheren Liebhaber abwandte und ihre Gunst einem anderen schenkte. Als dieser vorgestern abend bei der Treuherren weckte, erlitten der Chauffeur Müller und seine kleine Geliebte wegen ihres Verhaltens zur Rede. Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Müller in so hochgradige Erregung geriet, daß er plötzlich einen Revolver zog und auf Frau Katerne und ihren Liebhaber namens Müller je einen Schuß abgab. Die Frau wurde in den Rücken, Müller in die linke Brustseite getroffen. Die Verletzten wurden sofort in ein Krankenhaus gebracht, flüchtete er. Die Kriminalpolizei der Charlottenburger Kriminalpolizei erlitten am Tatort und traf die nötigen Feststellungen. Die Nachforschungen nach dem Täter blieben bisher ergebnislos. Die Leichen der Erschossenen wurden polizeilich beschlagnahmt und die Wohnung geschlossen.

Dem Polizeipräsidenten Berlin ist vom Reichswehrminister für das Ausnahmestützungsgebiet von Weimar und der Mark Brandenburg die Bearbeitung aller Schußwaffenangelegenheiten und die Aufsicht über alle öffentlichen Versammlungen übertragen worden.

210 000 Mark geraubt. Dem Straßenräuber wurde gestern abend eine Frau Erwin aus der Schönaner Allee 8, deren Mann in der Alexanderstraße ein Kreditgeschäft betreibt, überfallen und beraubt. Frau Erwin hatte abends den Barbestand von 150 000 Mark in Papiergeld und 200 Zwanzigmarkstücke, die jetzt einen Gesamtwert von 60 000 Mark haben, in eine Handtasche, um das Geld nach der Wohnung zu bringen. An der Ecke der Linden- und Grenadierstraße fielen plötzlich in der Dunkelheit zwei Männer über sie her, entriessen ihr die Handtasche und ergriffen die Flucht. Ein Augenzeuge des Überfalls sieht noch im Laufe des Abends in der Grenadierstraße auf einen Mann, namens Chamfeld, in dem er einen der Räuber bestimmt wiederzuerkennen behauptet. Feld wurde daraufhin verhaftet und der Kriminalpolizei vorgeführt. Auf die Wiederherstellung des geraubten Geldes ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

Die Wünsche der Invaliden. Der Zentralverband der Arbeitslosen (früher Reichsbund der Invaliden usw.), Ortsgruppe Groß-Berlin, hatte mit Vertretern des Magistrats unter Vorsitz des Stadtrats Dörflein eine Konferenz über die von denselben vorgebrachten Wünsche und Forderungen. Danach soll dem städtischen Arbeitsnachweis eine besondere Abteilung für Erwerbsbeschäftigte angegliedert werden. In den Straßenbüros und Heimstätten soll für eine ausreichende Beschäftigung und Einführung des sogenannten Einheitlichen Sorge zu tragen. Gewährung eines ausreichenden Lohnes für die Arbeitslosen usw. In Rentenempfehlung hat die Lieferung ärztlich verordneter Nahrungsmittel monatlich zu erfolgen; die Geburtsstempel sind zu beschleunigen. Außerdem hat der Zentralverband gefordert: Festsetzung einer Mindestrente für die Armenunterstützungspflichtigen, und zwar für eine alleinstehende Person 100 Mark, für ein alleinstehendes Ehepaar 150 Mark, Pflanzgeld für ein Kind bis zum 18. Lebensjahr 50 Mark, alles pro Monat. Gewährung einer einmaligen Beschäftigungshilfe von 100 Mark. Stadtrat Dörflein war gegen die Einführung einer Mindestrente und in Anbetracht der finanziellen Schwierigkeiten, in der sich die Stadt Berlin befindet, auch gegen die Gewährung einer einmaligen Hilfe; er verspricht jedoch, diese Forderungen der Kommission zu unterbreiten. Es ist zu wünschen, daß sich alle Armenempfehlung unterbreiten. Es ist zu wünschen, daß sich alle Armenempfehlung unterbreiten. Es ist zu wünschen, daß sich alle Armenempfehlung unterbreiten.

Die Osterbeiratswahlen in Kaulsdorf. Parteigenossen und „Vorwärts“-Leser sowie alle, die auf dem Boden der S. P. D. stehen, wählen am Sonntag, den 25. d. M., die Kandidaten zum Osterbeirat, deren Sitzungsprotokoll mit folgenden Namen beginnt: 1. Gem.-Schule: Joseph Krundt, 2. Gem.-Schule: Carl Apffel, 3. Gem.-Schule: Gregor Glomente, 4. Gem.-Schule: Robert Greger, 5. Gem.-Schule: Carl Frenkel, 6. Gem.-Schule: Gustav Schmidt, 7. Gem.-Schule: Frau Marie Gutsch, 8. Gem.-Schule: Frau Martha Döck, 9. Gem.-Schule: Max Ebel, 10. Gem.-Schule: Fritz Köwert, 11. Gem.-Schule: Hermann Haug, 12. Gem.-Schule: Hermann Ebel, 13. Gem.-Schule: Julius Schwilke, 14. Gem.-Schule: Otto Berndt, 15. Gem.-Schule: Armin Ruder, 16. Gem.-Schule: Alexander Krenzel, 17. Gem.-Schule: Carl Krüger, 18. Gem.-Schule: Franz Heilig, 19. Gem.-Schule: Albert Freitag, 20. Gem.-Schule: Carl Glöckel, 21. Gem.-Schule: Max Böcker, 22. Gem.-Schule: Hugo Rüdiger, 23. Gem.-Schule: Max Stöcking, 24. und 25. Gem.-Schule: Walter Bannoch, 26. Gem.-Schule: Robert Baas, 27. Gem.-Schule: Fritz Heilig, 28. Gem.-Schule: Johann Hoff, 29. Gem.-Schule: Franz Heilmeyer, 30. Gem.-Schule: Johann Heilmeyer, 31. Gem.-Schule: Franz Heilmeyer, 32. Gem.-Schule: Georg Voigt, 33. Gem.-Schule: Frau Jenny Schöder, 34. Gem.-Schule: Schlepplatz befinden sich bei: Marquardt, Radlauer Str. Ede Ronschütz, Selmann, Sobel, 10; Wernke, Mansenstr. 1; Morientz, Kaiser-Friedrich-Straße Ede Janasitzky, Keller, Kaiser-Friedrich-Str. 69 Ede Orthobrother; Schwengel, Ebelstr. 8; Schweinshofer, Weichstr. 30 Ede Wägerstrasse; Morientz, Wilmstraße Ede Schudomaststraße; Hoffmann, Döringstr. 26. — Am Dienstag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, Versammlung der gewählten Osterbeiratsmitglieder im Deutschen Wirtschaftshaus, Bergstraße, im oberen Saal. Tagesordnung: Richtlinien im Osterbeirat. Die Wahlresultate und die Adressen der gewählten Beiratsmitglieder sind am Tage nach der Wahl im Sekretariat, Lagerstr. 28 abzugeben.

In Straus ist der Termin für die Osterbeiratswahlen auf den 22. Februar festgelegt. Zum Zwecke der Bestimmung der Bestimmungen des Ministerialerlasses findet am 23. Januar, 7 Uhr, in der „Alten Kaserne“ eine Elternversammlung statt. Es wird jedem wahlberechtigten Parteigenossen und Schullehrer zur höchsten Pflicht gemacht, an der Elternversammlung und an der Wahl teilzunehmen.

G. P. D. Gratulation der Vereinten sozialistischen Jugend. Die heutige Sitzung morgen Freitag 4 Uhr, im Winter der Garnisonstr. Nummer 24, ergehen alle dringend nötig.

